

## Politischer Jahresbericht 2004 / 2005

### Zusammenfassung

#### I. Der lange Marsch zur arabischen Reform

- 1.1 Der Arabische Reformdiskurs
- 1.2 Reformforen zwischen Alexandria und Rabat
- 1.3 Demokraten im Dilemma
- 1.4 Wachsendes Momentum: Frühling der arabischen Zivilgesellschaft?

#### II. Irak zwischen Bürgerkrieg und Staatsaufbau

- 2.1. Konfessionell und ethnisch bestimmte Strategien
- 2.2 Wahlen und ethnisch/konfessionelle Mobilisierung
- 2.3 Am Rande des Abgrunds?

#### III. Libanon zwischen Zedernrevolution und Staatskrise

- 3.1 Resolution 1559 und die Unabhängigkeit des Libanon
- 3.2 Wahlen zum libanesischen Parlament
- 3.3 Restauration der politischen Konsenskultur

#### IV. Syrien vom libanesischen Abseits ins regionale Nirgendwo

### Ausblick: Wandel bleibt möglich

## Zusammenfassung

„Reform“ war im Verlauf des vergangenen Jahres zweifellos der am meisten diskutierte Begriff in der Region. Die mit der amerikanischen „Greater Middle East“ - Initiative angestoßene Debatte erreichte offizielle regionale und internationale Foren wie den Gipfel der acht größten Industrienationen (G8) im Juni 2004, den vorangegangenen Gipfel der arabischen Liga in Tunis, das per Beschluss des G8-Gipfels etablierte „Forum for the Future“ im Dezember im marokkanischen Rabat sowie das beinahe zeitgleich in Dubai abgehaltene Strategieforum „The Arab World in 2020“.

Von offizieller arabischer Seite fielen die Reaktionen im Ton defensiv, in der Sache unverbindlich aus. Arabische Staatschefs und Regierungsvertreter halten weiterhin nur „von innen gewachsene“, „den Verhältnissen angemessene“ Reformen für sinnvoll und möglich. Vielfach wird eine Lösung des Nahostkonflikts als Vorbedingung formuliert oder vor einer Machtübernahme durch islamistische Kräfte als Resultat von Demokratisierung gewarnt. Versprechungen über bevorstehende Veränderungen des politischen Systems erwiesen sich entweder als substanzlos (wie beim Anfang Juni 2005 abgehaltenen Kongress der syrischen Baath-Partei) oder blieben hinter den Erwartungen zurück, wie etwa die restriktiv formulierte Zulassung von Gegenkandidaten bei der Wahl des ägyptischen Präsidenten. Nach wie vor dringt wenig Licht in das „Schwarze Loch des arabischen Staates“ (Arab Human Development Report 2004).

Die veröffentlichte Meinung in der arabischen Welt interpretierte zunächst mehrheitlich den amerikanischen Vorstoß als Ankündigung, über den Irak hinaus Regime-Change nun auch in anderen Staaten der Region zu erreichen. Von außen herangetragene Reformkonzepte wurden als Angriffe auf die nationale Souveränität und als Vehikel für die Etablierung US-amerikanischer Hegemonie über die Region und ihre Ressourcen wahrgenommen.

Allen Kritikern westlicher und speziell amerikanischer Reformkonzepte bieten die endlose Gewalt im Irak und die fortdauernde Besatzung weiterhin reichlich Munition. Spannungen zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden werden bestenfalls als Resultate einer fehlgeleiteten, weil von westlicher Hybris geprägten Besatzungspolitik, oft aber auch als Ergebnis einer bewussten Strategie von „teile und herrsche“ interpretiert.

Die lebhafteste Beteiligung vornehmlich schiitischer und kurdischer Iraker bei den im Januar 2005 abgehaltenen Wahlen zur irakischen Nationalversammlung zeigte zunächst Wirkung bei Beobachtern in der Region, die oft den Vergleich zur weit

weniger überzeugenden demokratischen Praxis in den eigenen Ländern zogen. Seitdem findet die Legitimität der neuen Institutionen des irakischen Staates zunehmende Anerkennung. Falls die Ausarbeitung der neuen irakischen Verfassung und die daran gekoppelten Parlamentswahlen tatsächlich gemäß Zeitplan bis zum 15. Dezember durchgeführt werden, wird der Druck auf die Besatzungsmacht zunehmen, die somit legitimierte Institutionen mit tatsächlichen Kompetenzen auszustatten, die Oberaufsicht über den Wiederaufbauprozess abzugeben und die eigene Rolle auf die Herstellung von Sicherheit zu reduzieren.

Libanon schließlich erscheint als Beispiel weitgehend gewaltfreier Veränderung aus vornehmlich eigener Kraft. Schon im Herbst 2004 hatte die internationale Gemeinschaft durch UNSC-Resolution 1559 Syrien deutlich vor weiterer Einmischung in die Innenpolitik seines Nachbarn gewarnt. Erst die friedlichen Massenproteste nach der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik El-Hariri im Februar 2005 machten jedoch die Position Syriens unhaltbar und führte zum vollständigen Abzug der syrischen Truppen bis Ende April. Zwar hatte auch dieser politische Umschwung konfessionelle Spannungen zur Folge und beobachteten besonders die libanesischen Schiiten, deren verbesserte Position innerhalb des konfessionellen Gleichgewichts eng mit der syrischen Präsenz und der Konfrontation mit Israel verbunden war, die Entwicklung mit Argwohn. Führende Oppositionspolitiker bemühen sich jedoch um eine stärkere Integration der Hisbollah in den politischen Prozess und erhalten darauf positive Resonanz. Die im Juni abgehaltenen Parlamentswahlen reduzierten das Gewicht der pro-syrischen Kräfte auf ein gutes Drittel der Sitze im Parlament. Fortdauernde politische Gewalt und erneuerte konfessionelle Spannungen erfordern jedoch weiterhin politisches Fingerspitzengefühl, radikale Kurswechsel besonders auf außenpolitischer Ebene bleiben unwahrscheinlich.

Syrien schließlich hat sich innerhalb dieser Entwicklungen ins regionale und internationale Abseits manövriert. Dennoch scheint das Regime, wie der Anfang Juni in Damaskus abgehaltene Generalkongress der Baath-Partei einmal mehr bestätigte, nicht zu grundsätzlichen Änderungen an dem von Korruption und Ineffizienz geprägten politischen System bereit. Die in Syrien aktive Opposition und die in Ansätzen vorhandene Zivilgesellschaft sind nach Jahrzehnten der Repression trotz verstärkter Medienpräsenz politisch isoliert und organisatorisch zu schwach, um eine ernsthafte politische Herausforderung zu formulieren. Die öffentlichen Proteste gegen die Verhaftung mehrerer prominenter Oppositioneller im Vorfeld des Parteikongresses sowie die zunehmend lautstarke Kritik an Willkür und Misswirtschaft deuten jedoch darauf hin, dass die Kontrolle des Regimes über die Gesellschaft längst nicht mehr unangefochten ist.

## **I Der lange Marsch zur arabischen Reform**

Reformorientierte Gruppen und Intellektuelle sehen sich seit der „Greater Middle East“ Initiative in einem Dilemma. So sind sie im öffentlichen Raum dem Vorwurf ausgesetzt, wissentlich oder unwissentlich das Geschäft der amerikanischen Außenpolitik zu betreiben. Eine im Wachsen begriffene Minderheit sieht jedoch die Chance, den als reformunfähig angesehenen Regimen mit Hilfe des äußeren Drucks Zugeständnisse abzurufen, die dann die Entstehung einer an den eigenen Bedürfnissen orientierten Reformbewegung ermöglichen könnten. Der spontane, gewaltfreie Aufstand der libanesischen Bevölkerung gegen die syrische Besatzung und ihre libanesischen Statthalter, die Proteste der ägyptischen „Kifaya“-Bewegung gegen die erneute Verlängerung der Amtszeit von Präsident Hosni Mubarak und die zunehmend offenere Kritik am syrischen Regime deuten darauf hin, dass kosmetische Reformen und nationalistische Rhetorik die Herrscher der arabischen Welt nicht aus der Bedrouille bringen werden.

### **1.1 Der Arabische Reformdiskurs**

Mitte Februar 2004 publizierte die in London erscheinende arabische Tageszeitung „Al-Hayat“ ein Strategiepapier, auf dessen Grundlage die US-Administration bei dem für Anfang Juni angesetzten Gipfel der größten Industrienationen („G-8“) die beteiligten Staaten für ein Programm umfassender und weit reichender Reformen in der als „Greater Middle East“ (die arabischen Staaten, Israel sowie die islamischen Staaten West- und Zentralasiens) umrissenen Region gewinnen wollte. Unter Bezugnahme auf die in den Jahren 2002 und 2003 durch die Vereinten Nationen veröffentlichten „Bericht(e) zur menschlichen Entwicklung in der arabischen Welt“ (AHDR) skizziert das Papier ein düsteres Bild der Situation in dieser Region (Israel ausgenommen) und folgert:

*„So long as the region's pool of politically and economically disenfranchised individuals grows, we will witness an increase in extremism, terrorism, international crime, and illegal migration“.* Ein Szenario, so das Papier weiter, das die nationalen Interessen und die Sicherheit aller G8-Mitgliedsstaaten bedrohe.

Zur Abwendung dieser Bedrohung propagiert das Projekt eine langfristige Partnerschaft zwischen der G8 und den Staaten der Region, die auf dem Gipfel im Juni in Anwesenheit einiger arabischer Staatschefs bekräftigt wurde. Durch ein Paket von Reformen mit den Zielen „Promoting Democracy and Good Governance“, „Building a

Knowledge Society" und „Expanding Economic Opportunities" soll das skizzierte Bedrohungsszenario entschärft werden.

Das Bekanntwerden der Initiative erzeugte umgehend eine Flut von überwiegend eher negativen Reaktionen in der veröffentlichten Meinung in der arabischen Welt. Zurückgewiesen wurde der Plan zunächst, da er ohne jede Teilhabe der Subjekte (oder Objekte) der Reformbemühung, also der arabischen Staaten und Eliten selbst entworfen wurde und auf einem Forum diskutiert werden sollte, zu dem diese Staaten keinen Zugang hatten. Viele Beobachter stießen sich am Bild eines undifferenzierten „Bedrohungspotentials“, der weitgehenden Ausblendung des Nahostkonflikts, die als implizite Aufforderung zur Integration Israels auch ohne eine einvernehmliche Lösung der Palästinafrage verstanden wurde und der Propagierung von Wirtschaftsreformen, die an neoliberalen Konzepten orientiert seien und vor allem westlichen und besonders amerikanischen ökonomischen Interessen dienen. Nationalistisch und/oder marxistisch orientierte Kräfte erblickten gar eine „Rückkehr des Kolonialismus“. Darüber hinaus konzentrierte sich die Ablehnung weniger auf die konkreten Inhalte und Vorschläge (ein inhaltlich ganz ähnlich gearteter Forderungskatalog wurde im März auf der Reformkonferenz in der Bibliothek von Alexandria von ca. 170 arabischen Intellektuellen verabschiedet und fand breite Zustimmung in der veröffentlichten Meinung) sondern auf die Beeinträchtigung der eigenen Souveränität, die in von außen herangetragenem Reformkonzepten gesehen wurde. Darüber hinaus gründete die Ablehnung in dem Misstrauen gegenüber den Intentionen des Urhebers, der USA.

Auch der explizite Bezug auf den von *arabischen* Intellektuellen verfasste Arab Human Development Report vermochte diese Einwände nicht zu entschärfen, sondern bestätigte stattdessen Skeptiker, die schon frühzeitig vor einer Instrumentalisierung solcher Berichte und des gesamten Reformdiskurses zur Legitimation auswärtiger Interventionen in der Region gewarnt hatten und ihre Skepsis auf amerikanische Quellen stützen konnten.

In dieser Wahrnehmung diene die von den USA initiierte Reformdebatte vor allem dem Ziel, politische Legitimation für weitere Eingriffe in die staatlichen Ordnungen der Region bis hin zum so genannten „regime change“ zu erzeugen. Forderungen nach Demokratisierung seien nicht mehr als ein Druckmittel, das zur Schaffung der Voraussetzungen für eine dauerhafte US-amerikanische Hegemonie über die Region und ihre Ressourcen zum Einsatz komme und von der Tagesordnung verschwinde, wo und wenn die Regime mit den US-amerikanischen Interessen kooperierten. Auch reformorientierte arabische Intellektuelle machten solche Zweifel deutlich und

verwiesen auf das Schweigen der USA und anderer westlicher Staaten gegenüber Repression und Menschenrechtsverletzungen durch totalitäre, jedoch kooperative Regime (wie etwa in Libyen oder Tunesien).

Diese „Glaubwürdigkeitslücke“ zog sich durch viele mit dem GME-Projekt verbundenen Diskussionen und rekurriert dabei vornehmlich auf die Außenpolitik der Bush-Administration seit dem 11. September 2001, insbesondere die Situation im Irak und die fortdauernde Krise im israelisch-palästinensischen Friedensprozess und wurde durch den kürzlich erschienen dritten Arab Human Development Report erneut unterstrichen.

„The report reveals a complete acceptance of democratic principles and a complete mistrust of the Bush administration’s efforts to promote democracy“; (Marina Ottaway, Washington Post 05/04/2005).

Weniger geschlossen erscheint die grundsätzliche Ablehnung von Reformansätzen, die von „Außen“ und besonders „aus dem Westen“ an die arabischen Staaten herangetragen werden. So betonte etwa das Abschlusspapier der Alexandria-Konferenz mit dem Titel „Arab Reform Issues: Vision and Implementation“, die Notwendigkeit „von innen gewachsener Reformen.“ Exponenten des Reformcamps kritisierten jedoch die überholte „Dichotomie zwischen Außen und Innen“ aus der die arabische Reformdebatte ausbrechen müsse. „Seit 200 Jahren messen wir uns, in unseren Erfolgen wie unserem Scheitern, an diesem „Außen“, das längst in unserer Mitte, ein Teil unserer selbst, unseres Lebensstils, unserer Medien geworden ist.“ stellte etwa der Kommentator der liberalen libanesischen Tageszeitung An-Nahar Jihad Az-Zein fest. Radikale Reformbefürworter wie etwa der syrische Soziologe Burhan Ghalyoun stellen sogar die Reformierbarkeit der Regime grundsätzlich in Frage: „Reform heißt, dass diese Systeme grundsätzlich funktionieren können und nur einige Fehlentwicklungen abgestellt werden müssen. Das Gegenteil ist der Fall: Die arabischen Systeme sind nicht reformierbar (...); sie sind nur daran interessiert, durch einen Anschein von Reform eine neue Legitimation zu erhalten, besonders von den Amerikanern, um weiter an der Macht bleiben zu können.“

## **1.2 Reformforen zwischen Alexandria und Rabat**

Für die arabischen Regime bot sich so die Chance, dem seit dem 11. September 2001 stetig zunehmenden äußeren Druck auf grundlegende Reformen durch Verweis auf die genuine Ablehnung solcher Konzepte durch signifikante Teile der öffentlichen Meinung und der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt zu begegnen und zugleich selbst

Reformbereitschaft zu bekunden. Bereits im Januar 2003 publizierte der saudische Kronprinz Abdallah Ibn Abdelaziz eine zur Präsentation auf dem Gipfel der Arabischen Liga vorgesehene „Charter to Reform the Arab Stand“ und empfing die saudischen Unterzeichner eines „National Reform Document“ in seinem Palast; im Januar 2004 wurde eine „Regional Conference on Democracy, Human Rights and the Role of the International Criminal Court“ in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa abgehalten. Ein vom Generalsekretär der Arabischen Liga Amru Musa vorbereitetes Konzept zur Reform der Arabischen Liga, das dem für Ende März in Tunis geplanten und später abgesagten Arabischen Gipfel vorgelegt werden sollte, fand grosse Aufmerksamkeit in den arabischen Medien, ebenso wie eine zwischen den Regierungen von Ägypten, Katar und Tunesien abgestimmte Reforminitiative für den Gipfel in Tunis im Juni 2004. Bei der Konferenz von Alexandria schliesslich trat der bislang nicht unbedingt als Reformler oder Freund der Zivilgesellschaft aufgefallene ägyptische Präsident Hosni Mubarak als Schirmherr eines Reformkurses auf.

Gemessen am quantitativen Umfang wie auch an der internationalen Prominenz der Debatte fielen die greifbaren Resultate auf offizieller Ebene bescheiden aus. Zum mit Spannung erwarteten Gipfel der Arabischen Liga erschien nicht einmal die Hälfte der insgesamt 23 arabischen Staatschefs. In der Abschlusserklärung verständigte sich die Versammlung lediglich auf Allgemeinplätze zum Thema Reform, nach denen jedes Land entsprechend seiner jeweiligen „Besonderheiten“ einige, wenige oder überhaupt keine Reformen durchführen kann. Auf dem G8-Gipfel im amerikanischen Sea Island wurden zwar die Kernpunkte der strategischen Partnerschaft mit den Staaten der nunmehr als „Broader Middle East“ bezeichneten Region bestätigt, ohne jedoch konkrete Schritte zu ihrer Implementierung vorzusehen. Das im Dezember 2004 in der marokkanischen Hauptstadt Rabat entsprechend der Beschlüsse des G8 abgehaltene „Forum for the Future“ erntete schliesslich vornehmlich sarkastische Kommentare. Ein [Positionspapier](#), das am Vorabend des Treffens in Rabat im Namen der „Arab Civil Society Groups“ veröffentlicht wurde, beklagte mangelnden Fortschritt, ja sogar Rückschritt auf allen kritischen Reformfeldern: Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und die Bereitschaft der G8-Staaten, diese Werte hinten anzustellen, solange die betroffenen Staaten mit anderen Zielen der G8 (Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Unterstützung für den „War on Terror“) kooperieren.



### **1.3 Demokraten im Dilemma**

Die Vertreter von Demokratie und Reform in der arabischen Welt befinden sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite stehen Versuche der Vereinnahmung, mit denen sich autoritäre Regime wie etwa das ägyptische oder das tunesische demokratische Feigenblätter zu verschaffen suchen, um so einen substantiellen Machtverlust zu vermeiden. Auf der anderen Seite werden sie von den Gefolgsleuten der Regime als fünfte Kolonne der US-amerikanischen Außenpolitik denunziert. In diesem Sinne sieht etwa der syrische Kommentator Akram Al-Bunni eine goldene Chance für repressive Regime, einen künstlichen Widerspruch zwischen Demokratie und Patriotismus zu kreieren und die Reformer innerhalb ihrer eigenen Gesellschaften zu marginalisieren (Al-Hayat, 25/02/04). Diese Strategie wird umso effizienter funktionieren, je mehr die Konflikte in der Region (Irak, Palästina) eskalieren und die öffentliche Wahrnehmung beherrschen. Nach Ansicht des Kommentators der linksnationalistischen libanesischen Tageszeitung *As-Safir* Joseph Samaha wird durch das Schweigen der in Alexandria versammelten Intellektuellen zu den Themen nationale Befreiung, Irak und Palästina dieses Feld faktisch den islamistischen Bewegungen überlassen. Eine geringe Verankerung in der Bevölkerung ? und die daraus resultierende reale Gefahr, durch Forderungen nach Demokratisierung faktisch den Boden für die Machtübernahme solcher islamistischer Bewegungen zu bereiten, ist schließlich ein weiterer Widerspruch, in dem arabische Reformer gefangen bleiben und der es den Regimen ermöglicht, die gesellschaftlichen Kräfte gegeneinander auszuspielen und sich selbst als Garanten für Stabilität zu präsentieren.

“Arab liberalism lost much of its credibility when it accepted the claim made by many governments to the effect that democracy may bring Islamist and rightwing extremists to power (...). Arab liberals threw in the towel at the first challenge, preferring the comfort of being a liberal wing in an undemocratic regime to the honor of vying with others for power in a democracy.” (Gamil Mattar, Al-Ahram Weekly 689, 6-12/05)

Europäische Positionen innerhalb der Debatte wurden nur selten zur Kenntnis genommen; wo dies dennoch geschah, blieb die Wahrnehmung meist bei der Vorstellung einer europäisch-amerikanischen Opposition stecken, innerhalb derer Europa zwar grundsätzlich die akzeptableren Positionen vertrete, letztlich jedoch aus Schwäche und/oder Opportunismus den amerikanischen Vorstellungen nachgebe. Nur wenige Beobachter nahmen die Intensivierung der transatlantischen Koordination gegenüber der Region im weiteren Verlaufe des Jahres 2004 zur Kenntnis und

entsprechend groß war die Überraschung über die Zusammenarbeit der USA und Frankreich bei der Verabschiedung der UNSC-Resolution 1559 im August

#### **1.4 Wachsendes Momentum: Frühling der arabischen Zivilgesellschaft?**

Im Dezember 2004, einen Tag nach dem in Rabat abgehaltenen "Forum for the Future", protestierten ca. 700 Demonstranten in Kairo gegen die erneute Verlängerung der Amtszeit des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und verletzten damit eines der größten Tabus in der politischen Kultur Ägyptens (und der meisten anderen arabischen Staaten). Seitdem hat die "Kifaya" (Arabisch für "Genug")-Bewegung eine Reihe öffentlicher Proteste durchgeführt, zuletzt gegen eine wenig überzeugenden Änderung der Verfassung, die zwar erstmals die Aufstellung eines Gegenkandidaten bei Präsidentschaftswahlen ermöglicht, diese jedoch faktisch von der Zustimmung der übermächtigen, durch Mubarak kontrollierten Staatspartei abhängig macht.

Ähnliche Proteste haben in den vergangenen Monaten Orte erreicht, an denen bislang kaum eine öffentlich aktive Opposition zu beobachten war, wie etwa Syrien oder Saudi-Arabien. Selbst Skeptiker, die aktuelle Reformansätze als kosmetische Operationen für ein westliches Publikum abtun, sehen die Möglichkeit, dass sich aus solchen Bewegungen eine eigenständige Dynamik entwickeln könnte. "The demands that have been made, in public, have broken taboos, and there is no going back from this. The changes made are not for the good graces of Washington or the regimes, both of whom only follow their own vested interests. But there is an accumulation of changes that is pushing in the right direction, even if it may take time to yield tangible results" (Sahar Baasiri, An-Nahar 14/12). Doch schon drei Monate später konnte die Kommentatorin Massenkundgebungen direkt von ihrem am Beiruter „Platz der Märtyrer“ gelegenen Büro verfolgen.

## **II. Irak zwischen Bürgerkrieg und Staatsaufbau**

Auch im Verlaufe des Jahres 2004/ 2005 ist es der internationalen Allianz unter Führung der USA trotz zahlreicher groß angelegter (und z.T. für die Zivilbevölkerung verheerender) Militärationen immer noch nicht gelungen, Sicherheit herzustellen und die Terrorkampagne islamistischer Gruppen wirksam zu bekämpfen. Die sich dramatisch verschlechternde Sicherheitssituation behindert den Aufbauprozess und führte zum Rückzug weiterer Teilnehmerstaaten aus der internationalen Koalition.

Dagegen steht der mit einigen Erfolgen betriebene Wiederaufbau der politischen Institutionen des irakischen Staates, der mit der Übergabe der nominellen Regierungsgewalt an Übergangspremier Iyad Allawi im Juni begann und mit den Wahlen zur vorläufigen Nationalversammlung im Januar und der Regierungsbildung im Frühjahr 2005 sowie der derzeitigen Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung fortgesetzt wird. Falls der vorgesehene Termin für die Verabschiedung einer neuen Verfassung gegen alle Bedenken eingehalten wird, sind für Dezember Parlamentswahlen vorgesehen.

### **2.1. Konfessionell und ethnisch bestimmte Strategien**

Größtes Hindernis für diesen Aufbau demokratisch legitimierter Institutionen bleibt der (weitgehend selbstgewählte) Ausschluss der zuvor politisch privilegierten sunnitischen Religionsgemeinschaft. Entsprechend zielt die Strategie der für die meisten Anschläge verantwortlichen sunnitischen islamistischen Gruppen eindeutig darauf, eine Konfrontation zwischen den Sunniten und der schiitischen Bevölkerungsmehrheit zu produzieren, um so das US-amerikanische Projekt zu Fall zu bringen – ein Kalkül, das bislang vor allem aufgrund der bemerkenswert verantwortungsvollen Rolle der schiitischen Führung nicht aufgegangen ist.

Schon seit geraumer Zeit bemühen sich Medien, die der gegenwärtigen US-Administration nahe stehen, ihrem Publikum die irakischen Schiiten als nützliche und vertrauenswürdige Verbündete zu präsentieren. Eine bemerkenswerte Wende und eine schwierige Aufgabe angesichts der engen Verbindungen vieler einflussreicher schiitischer Gruppen zu Iran, einem prominenten Mitglied der „Achse des Bösen“ in der Weltansicht von George W. Bush. Dabei rückte bald die Person des höchsten schiitischen Klerikers Ayatollah Ali al-Sistani ins Zentrum der Aufmerksamkeit, ohne dessen integrative und mäßigende Rolle „unsere Position unter den Schiiten über Nacht zusammenbrechen könnte“, wie etwa Reuel Marc Gerecht im Namen des neo-

konservativen Think Tank *American Enterprise Institute* Ende 2003 prognostizierte. (The Weekly Standard, 22/12/03).

al-Sistani hat das in ihn gesetzte Vertrauen bislang bestätigt, in dem er den erklärt anti-US-amerikanischen Kleriker Moqtada As-Sadr in seine Schranken wies und den Aufbau der staatlichen Institutionen vehement und gegen alle lokale und regionale Kritik durch seine geistliche Autorität unterstützte. Aus schiitischer Sicht bietet der von den USA bislang bevorzugte, weitgehend den Prinzipien quantitativer Repräsentation folgende Aufbau solcher Institutionen eine historische Chance, die seit der Staatsgründung etablierte Benachteiligung der schiitischen Bevölkerung durch den Einsatz ihres demographischen Gewichts zu revidieren. Weitergehende, eher am iranischen Modell orientierte Forderungen – wie etwa die Etablierung des Islam als zentrale Quelle des Rechts – können unter diesen Umständen vorläufig hinten anstehen.

Die mit dem „Transitional Administrative Law“ (TAL) in Grundzügen neu etablierte staatliche Ordnung bedeutet schließlich auch eine signifikante Verbesserung der Position der zuvor von Marginalisierung und ethnischen Säuberungen betroffenen kurdischen Minderheit, die ihre Krönung mit der Wahl Jalal Talabanis zum irakischen Präsidenten gefunden hat. Zugleich hat die weit reichende Autonomie der kurdischen Provinzen, insbesondere die Kontrolle über die nicht der Zentralregierung unterstellten Peschmergamilizen, weiterhin Bestand. Aus kurdischer Sicht muss eine zweigleisige Strategie als die vorteilhafteste Option erscheinen: solange die im TAL erreichten Garantien (die den Kurden praktisch eine Sperrminorität einräumen) erhalten bleiben, ist auch die existierende Autonomie gesichert. Sollte der Aufbau des irakischen Staates letztlich doch scheitern und der Irak in ethnisch/konfessionell bestimmte Kantone zerfallen, verfügen die kurdischen Gebiete nämlich über eine hinreichende institutionelle Basis und Legitimation, die bislang auf internationalem Parkett nicht durchsetzbare staatliche Unabhängigkeit anzustreben.

Vielfach sind in der irakischen wie auch der internationalen Öffentlichkeit irakische Stimmen zu hören, die die Vermengung von Politik, Religion und Ethnizität und die oben skizzierte Identifikation politischer Zuordnungen und Strategien ablehnen und stattdessen eine staatsbürgerlich-überkonfessionell bestimmte „irakische Identität“ betonen. Unabhängig vom relativen Gewicht und der Mobilisierungskraft der verschiedenen Identifikationsangebote hat jedoch der bisherige Verlauf des Staatsaufbaus die ethnisch/konfessionell bestimmten Kräfte eindeutig gestärkt. Das gilt auch und gerade für die am 30. Januar 2005 abgehaltenen Wahlen zur „Transitional

National Assembly“ (TNA) und den seitdem eingeleiteten Prozess zur Bildung einer Übergangsregierung und Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

## **2.2 Wahlen und ethnisch/konfessionelle Mobilisierung**

Die am 30. Januar 2005 abgehaltenen, vielfach als erster Erfolg einer neuen irakischen oder gar arabischen Demokratie gefeierten Wahlen zur TNA haben tatsächlich zu einer Verfestigung und Vertiefung konfessioneller und ethnischer Identifikationen und Gegensätze auch unter den in den Prozess integrierten Gruppen geführt, die langfristig den Zusammenhalt des irakischen Staates nachhaltiger gefährden könnte als die von allen Seiten verurteilten Mordanschläge militanter Gruppen.

Sowohl die Strategien der Wählermobilisierung als auch die Ergebnisse bestärkten zuvor geäußerte Bedenken, der Wahlgang könne „konfessionelle Spannungen eher anheizen als heilen“ (*Middle East Report Online*, 28/01). Während im Norden die beiden größten kurdischen Parteien eine Einheitsliste formten, warb die vom schiitischen Klerus unterstützte „Vereinigte Irakische Allianz“ (UIA) in den schiitisch dominierten Landesteilen mit Bildern von Großayatollah al-Sistani und erklärten schiitische Geistliche die Stimmabgabe zur religiösen Pflicht. Die hohe Wahlbeteiligung unter schiitischen und kurdischen Irakern stellte demnach mehr als eine Stimme für einen demokratischen Irak dar und demonstrierte vor allem die demographische Macht dieser Gruppen. „The Elections amounted to a national census in which two groups wanted to be counted and a third chose to sit out“, zitiert der jüngste Bericht der International Crisis Group (ICG) einen ungenannten Beobachter.

Der Widerstand der arabischen Sunniten gegen eine aktivere Beteiligung in der Nachkriegsordnung und ihr Wahlboykott werden oft auf die Sorge vor bzw. den Widerstand gegen den Verlust von Privilegien zurückgeführt, die diese Gemeinschaft unter dem Baath-Regime genossen habe. Demnach neigten die Sunniten eher den militanten Gruppen zu, die selbst sunnitisch geprägt sind und in deren Reihen sich Gefolgsleute des gestürzten Regimes befinden sollen und folgten deren Strategie, der unter US-amerikanischer Besatzung errichteten Nachkriegsordnung jede Legitimation zu verweigern.

Ein Blick auf das Wahlsystem zeigt jedoch schnell, warum das vorgesehene Verfahren auch ohne jede Nostalgie für verlorene Privilegien oder Sympathie für ein untergegangenes System „für sunnitische Politiker ein Anathema“ sein musste (Michael Young in *The Daily Star*, 09/12).

In dem vorherrschenden Klima einer offensichtlich und unverhohlen auf konfessionelle und ethnische Identifikationen setzenden Mobilisierung unter den schiitischen und kurdischen Teilen der Bevölkerung konnte die sunnitische Minderheit innerhalb des angewandten Systems eines einzigen Wahlkreises für ganz Irak und strikt proportionaler Repräsentation auch bei engagierter Beteiligung an den Wahlen nur auf eine sehr bescheidene – maximal 20 % - Vertretung in der Nationalversammlung hoffen. Doch angesichts der desaströsen Sicherheitssituation besonders in den sunnitischen Gebieten, der Flucht beinahe der gesamten Bevölkerung von Falouja und einem faktischen Belagerungszustand in Ramadi war klar, dass eine wirksame Mobilisierung faktisch unmöglich sein würde.

Lapidare Schlussfolgerungen nach dem Motto „wer vor den Wahllokalen anstand hat die Zukunft geschaffen und wer im Bett blieb hat seine Rechte verspielt“ (Abdelrahman Rashid in *Ash-Sharq Al-Awsat*, 02/02) ignorieren die Realität vor Ort. Die Aufforderung (durch den gleichen Autor) an sunnitische Politiker, „ihre Ideen in die Nationalversammlung zu tragen und dort Mehrheiten zu suchen“ ignoriert eine Situation, in der nahezu alle wichtigen politischen Akteure ethnische und religiöse Identitäten benutzen um sicherzustellen, dass Mehrheiten nicht um Streitfragen, Programme oder Ideen geformt werden, sondern vor allem durch die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Gemeinschaften.

Bereits im Vorfeld wie auch unmittelbar nach den Wahlen konzidierten irakische und US-amerikanische Akteure die Notwendigkeit, die so zustande gekommene unangemessen niedrige Repräsentierung der arabischen Sunniten bei der Zusammenstellung der Übergangsregierung und der verfassungsgebenden Versammlung zu korrigieren (215 der insgesamt 280 Sitze in der TNA werden von der schiitisch dominierten UIA und der Kurdistan Coalition List gehalten, die säkulare Liste des im sunnitischen Lager wegen seiner aktiven Beteiligung bei der Belagerung von Falouja unpopulären Ex-Übergangspremiers Iyad Allawi - selbst Schiit - erreichte vierzig Sitze). Tatsächlich fand eine solche Korrektur – durch die auch eine stärkere Beteiligung anderer, ebenfalls durch das Klima ethnisch/konfessioneller Mobilisierung benachteiligter Gruppen wie Vertreter der Zivilgesellschaft oder Frauen hätte erreicht werden können – nicht statt und werden sowohl Regierung als auch verfassungsgebende Versammlung durch die UIA und die KLC dominiert. Viele Beobachter raten entsprechend, die Termine für die Ausarbeitung der neuen Verfassung (15. August) und die Parlamentswahlen (15. Dezember) gemäß der im TAL eingeräumten entsprechenden Option um wenigstens sechs Monate zu verschieben und diese Zeit für die Einbeziehung weiterer Bevölkerungsschichten zu nutzen.

### **2.3 Am Rande des Abgrunds?**

In der beschriebenen Situation befindet sich die Internationale Gemeinschaft, besonders aber die Besatzungsmächte unter Führung der USA in einem schwer zu lösenden Dilemma. Die schnelle Übergabe einer echten Kontrolle genuin legitimierter *irakischer* Akteure über den politischen Prozess ist zweifellos eine entscheidende Voraussetzung für die Akzeptanz der Nachkriegsordnung durch die Bevölkerung und damit die Isolierung der militanten Gruppen.

Während die Wahlen und das Vorantreiben des politischen Prozesses Institutionen hervorbringen, die es den Irakern erlauben könnten, relativ bald echte Kontrolle über den politischen Prozess auszuüben, erscheint jedoch das Ziel eines Wiederaufbaus der irakischen Gesellschaft und einer echten nationalen Aussöhnung nach wie vor nicht in Sicht. In dem Maße, in dem die Wahlen, die Regierungsbildung und der konstitutionelle Prozess zu einer Verhärtung konfessioneller und ethnischer Gegensätze sowie zur Institutionalisierung solcher Identitäten und damit zur Marginalisierung säkularer Kräfte und der Zivilgesellschaft beigetragen haben, ist dieses Ziel möglicherweise in noch weitere Ferne gerückt.

Erfahrungen in Bosnien oder dem Libanon deuten darauf hin, dass aus internen Konflikten hervorgegangene, auf der Basis ethnisch-konfessioneller Repräsentation und ohne einen vorherigen nationalen Dialog errichtete „demokratische Systeme“ oft von lang anhaltender politischer Paralyse und einer Kultur politischer „Nullsummenspiele“ geplagt werden, die die Entwicklung einer nationalen Identität auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele blockieren. Schlimmer noch, wenn eine oder mehrere Gemeinschaften den Eindruck verinnerlichen, durch die neue Ordnung an den Rand gedrängt zu werden, schafft ein solches System tendenziell die Grundlagen für zukünftige gewaltsame Konflikte – zumal wenn es, wie im Irak, nicht gelingt, das Gewaltmonopol des Staates (oder auch nur der Besatzungsmacht) erfolgreich durchzusetzen. Die Gefahr eines Scheiterns im Irak bleibt damit ebenso real wie eine Reduzierung der Erwartungen notwendig erscheint.

„In Iraq, the United States is engaged in a war it already has lost while losing sight of a struggle in which it still may prevail. Original objectives - a secular, free-market, democratic government close to the United States and a model for the region - are no longer achievable. Worse, their pursuit has become an obstacle to realization of the most important goal: A stable government viewed by its people as a credible

embodiment of national interests and able to preserve the country's territorial integrity.”  
(Robert Malley, IHT 11/01/05)



### **III Libanon zwischen Zedernrevolution und Staatskrise**

Seit 1976, dem Jahr der ersten direkten Intervention der syrischen Armee in interne libanesische Konflikte, hat Syrien deutlichen und direkten Einfluss auf die libanesische Politik und die Besetzung höchster Staatsämter ausgeübt. Während der unmittelbaren Nachkriegszeit zu Beginn der neunziger Jahre wurde die syrische Schutzherrschaft auch und gerade über die Umsetzung des Friedensabkommens von Taif (1989) von der großen Mehrheit interner und externer Akteure akzeptiert. Seit dem Rückzug der israelischen Armee aus der besetzten so genannten „Sicherheitszone“ im Süden des Libanon im Mai 2000 wuchs jedoch der interne und externe Druck auf einen Abzug der im Libanon stationierten syrischen Truppen, die Mitte 2004 noch ca. 17.000 Mann zählten.. Besonders von Seiten der USA wurde darüber hinaus ein Ende der bewaffneten Aktivitäten der Hizbollah gefordert, die als Instrument der syrischen Außenpolitik angesehen wird.

#### **3.1 Resolution 1559 und die Unabhängigkeit des Libanon**

Angesichts des etablierten und bis Mitte 2004 scheinbar unangefochtenen syrischen Einflusses wurde allgemein erwartet, dass die endgültige Entscheidung über einen Nachfolger für Präsident Emile Lahoud im Herbst 2004 in Damaskus fallen würde. Bereits seit dem Frühjahr wurde öffentlich über für Syrien akzeptable Kandidaten oder alternativ über eine Verfassungsänderung zur Verlängerung von Lahouds Amtszeit (der als persönlicher Vertrauter des syrischen Präsidenten Bashar Al-Assad gilt) diskutiert. Besonders die USA und Frankreich übten diplomatischen Druck auf Damaskus aus, zumindest die demokratische Form zu wahren und auf eine solche Verlängerung zu verzichten.

Ende August verkündete der syrische Präsident jedoch öffentlich seine Präferenz für genau diese Option. Damit waren die Würfel gefallen: Nur achtundvierzig Stunden später trat das libanesische Kabinett zusammen und beschloss eine Vorlage zur Änderung der Verfassung, deren Bestätigung durch das Parlament für den 3. September angesetzt wurde.

Weniger als 24 Stunden vor der angesetzten Abstimmung verabschiedete der UN-Sicherheitsrat am 2. September auf Initiative der USA und Frankreichs und gegen den Protest libanesischer Diplomaten Resolution Nr. 1559, in der Respekt für die Souveränität des Libanon, der Rückzug aller ausländischen Truppen, die Auflösung aller bewaffneten Milizen, die Ausdehnung der Kontrolle der Regierung auf das

gesamte libanesisches Territorium sowie eine verfassungsgemäße Durchführung der Präsidentschaftswahlen ohne auswärtige Intervention gefordert werden.

Die Resolution wurde umgehend von den pro-syrischen politischen Kräften im Libanon als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zurückgewiesen. Ein großer Teil der Syrien-kritischen Opposition manövrierte zunächst auf einem Mittelkurs und argumentierte, gerade die lange geforderte „Korrektur“ der bilateralen Beziehung in Richtung auf eine Reduzierung des direkten syrischen Einflusses sei notwendig, um solche „Einmischung“ zu vermeiden. Ein wachsender Teil der Opposition zeigte sich jedoch bereit, die Intervention internationaler Institutionen zur Durchsetzung demokratischer Prinzipien zu akzeptieren. Die besondere Bedeutung der Resolution 1559, so der Experte für internationales Recht Chibli Mallat, liege genau

„(...) in der Feststellung, dass Libanon und folglich Syrien ausserhalb der Normen des internationalen Rechts stehen, solange es keine regelmäßigen Wechsel an der Spitze des Staates gibt.“ (Daily Star, 4/10)

Warum die syrische Führung gegen erheblichen aussenpolitischen und innerlibanesischen Widerstand auf einer Verlängerung der Amtszeit von Präsident Emile Lahoud beharrte und sich damit auf einen weiteren, prinzipiell vermeidbaren Konflikt mit den USA einließ und sogar die (begrenzte) Sympathie der EU und besonders Frankreichs aufs Spiel setzte, stellte auch nachdrückliche Parteigänger einer engen syrisch-libanesischen Kooperation vor ein Rätsel, zumal es an verlässlich loyalen Alternativkandidaten nicht mangelte. Viele Beobachter sehen das syrische Regime von einer Mentalität des Belagerungszustandes beherrscht, in der ungünstige Entwicklungen des regionalpolitischen Umfelds als Teil einer groß angelegten Einkreisungsstrategie wahrgenommen werden, die letztlich auf einen Sturz des syrischen Regimes abziele. Solchen Analysen zufolge fürchtete das Regime, durch das Zurückziehen seines Kandidaten Lahoud „Schwäche“ zu zeigen und in der Folge unter zusätzlichem Druck in in Zukunft weitere „Zugeständnisse“ machen zu müssen .

Weitere wesentliche Motivation für die kompromisslose Haltung an der libanesischen Front ist syrischen Oppositionellen zufolge die Furcht des Regimes, ein Verlust der strategischen Position im Libanon könne seine wesentlich durch die Konfrontation mit Israel begründete arabisch-nationalistische Legitimation weiter unterminieren.. Libanesischen Oppositionelle wie der Anfang Juni ermordete Publizist Samir Kassir wiesen zudem auf die ökonomische Dimension der syrisch-libanesischen Verflechtungen hin. Diese erlaubten es der zweiten Generation der syrischen Machtelite, seit über drei Jahrzehnten unrechtmäßig angehäuften Reichtümer durch

Partnerschaften mit der libanesischen Businesselite in legitime Geschäftsgewinne zu verwandeln und zugleich einen erheblichen Teil der in den Wiederaufbau des Libanon investierten Mittel in die eigenen Taschen zu leiten. Das im wesentlichen auf die Macht der Geheimdienste gegründete System der syrisch-libanesischen Verflechtung wurde diesen Analysen zufolge durch die institutionalisierte Korruption im libanesischen Staatssektor abgerundet und untermauert. Dadurch konnten die syrisch gestützten und damit unangreifbaren Spitzen der libanesischen Politik neben ihrer persönlichen Bereicherung auch die Existenz ausgedehnter Klientelnetzwerke finanzieren.

Äußerlich unbeeindruckt stimmte das libanesische Parlament am 3. September der vorgelegten Verfassungsänderung zu. Damit war der erbittert ausgefochtene Konflikt jedoch nur scheinbar erledigt. In der Folge wurden Protagonisten des Widerstandes gegen die Pax Syriana zum Ziel offener politischer Gewalt. Am 01. Oktober wurde Ex-Minister Marwan Hamadeh, ein Mitglied des parlamentarischen Blocks von Drusenführer Walid Jumblat, der geschlossen gegen die Verfassungsänderung votiert und die von ihm gestellten Minister aus der Regierung zurückgezogen hatte, Ziel eines Bombenanschlags und überlebte nur knapp. Am 14. Februar schliesslich wurde der ebenfalls infolge der Amtsverlängerung Lahouds zurückgetretene Ministerpräsident Rafik El-Hariri, im Zentrum von Beirut durch eine Autobombe ermordet.

Die Ermordung Hariris erwies sich als politisches Erdbeben, dessen Schockwellen die als unveränderlich wahrgenommenen Prinzipien der libanesischen Nachkriegsordnung zum Einsturz bringen und eine ungeahnte Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung erzeugen sollte. Angesichts der massiven öffentlichen Manifestationen sah Parlamentssprecher Nabih Berri (selbst den pro-syrischen Kräften zugerechnet) sich genötigt, für den 28. Februar eine parlamentarische Debatte einzuberufen.

Unabhängig von Schuldzuschreibungen hatte die amtierende Regierung unter Ministerpräsident Omar Karami seit dem 14. Februar einen katastrophalen Eindruck hinterlassen. Die zuständigen Minister schienen verzweifelt bemüht, eine internationale Untersuchung mit allen Mitteln abzuwehren und verbreiteten wenig überzeugende Tatversionen, die einen islamistischen Hintergrund nahelegten.

Die Regierung hatte so den Eindruck vermittelt, im günstigsten Falle der Situation nicht gewachsen, im schlimmsten an einer Vertuschung der Hintergründe interessiert zu sein. Entsprechend entwickelte sich die live in die gesamte arabische Welt übertragene Parlamentsdebatte am 28. Februar zu einer gnadenlosen Abrechnung, die in der

arabischen Parlamentsgeschichte ihresgleichen sucht. Praktisch ohne jede Gegenwehr verkündete Premier Karami am Nachmittag die Demission seines Kabinetts.

Bereits im Vorfeld der Parlamentsdebatte waren Befürchtungen laut geworden, es könne zu einer Zuspitzung konfessioneller Spannungen zwischen den libanesischen Schiiten (manchen Schätzungen zufolge bis zu 50 % der Gesamtbevölkerung) und den anderen libanesischen Konfessionen kommen. Tatsächlich hatten sich die beiden schiitischen Parteien Hisbollah und Amal zunächst eher auf Seiten der Regierung positioniert. Besonders im Lager der Hisbollah wurde befürchtet, ein syrischer Abzug könne der UNSC–Resolution 1559 neue Akzeptanz verleihen, in der u.a. auch die Entwaffnung aller Milizen und damit vor allem Hisbollahs gefordert wird und politische Kräfte gestärkt werden, die traditionell für eine neutrale Position des Libanon im Nahostkonflikt eintreten. Verschwörungstheorien, wonach es sich bei der gesamten Affäre um ein US-amerikanisch-israelisches Komplott handele mit dem Ziel, Syrien zu isolieren und in der Folge Hisbollah zu entwaffnen, genießen im schiitischen Milieu viel Glaubwürdigkeit. Am 8. März 2005 mobilisierte Hisbollah schließlich nahezu eine halbe Million Demonstranten gegen Resolution 1559 und in Solidarität mit Syrien. Im Gegenzug brachte die nun zunehmend offen anti-syrisch auftretende Opposition am 14. März mit ca. 800.000 Teilnehmern ein gutes Viertel der libanesischen Bevölkerung auf die Straße. Angesichts des überwältigenden internationalen und libanesischen Drucks sah sich die syrische Führung schließlich genötigt, dem Rückzug aller Truppen bis Ende April zuzustimmen.

Die Dynamik der Ereignisse im Libanon bewegte viele Beobachter, Vergleiche mit der „Orangen Revolution“ in der Ukraine oder der „Rosenrevolution“ in Georgien zu ziehen und hat unter anderem das State Department zur Prägung des Begriffes „Zedernrevolution“ (nach dem Wappen der libanesischen Republik) inspiriert.

### **3.2 Wahlen zum libanesischen Parlament**

Ende April 2005 wurde (wie durch den Bericht der zuständigen UN-Mission bestätigt) der in UNSC–Resolution 1559 geforderte Rückzug der syrischen Armee und der sichtbaren Teile der syrischen Geheimdienste abgeschlossen. Am 7. Mai kehrte der prominente libanesischer Exilpolitiker Michel Aoun aus dem Exil zurück, die Freilassung des seit 13 Jahren inhaftierten Führers der christlichen Libanese Forces Samir Geagea erscheint nur noch eine Frage der Zeit. Die Führungsebene der eng mit den syrischen Counterparts verbundenen libanesischen Geheimdienste wurde komplett suspendiert.

Die Position der mit Syrien verbündeten bzw. von Syrien an der Macht gehaltenen und auf Koordination mit der syrischen Außenpolitik verpflichteten Kräfte war somit deutlich geschwächt. Sie verfügten jedoch weiterhin über eine Mehrheit im libanesischen Parlament, das zuletzt im Jahre 2000 unter erheblicher syrischer Einflussnahmegewählt wurde. .

Entsprechend wurden die vom 29. Mai bis 19. Juni in vier regionalen Wahlgängen abgehaltenen Parlamentswahlen mit Spannung verfolgt. Erwartungsgemäß gewann die von Hariri-Sohn Saad, Drusenführer Jumblat und christlichen Kräften geformte Oppositionsliste im Parlament eine deutliche Mehrheit. Es gelang jedoch nicht, den im christlichen Lager einflussreichen ehemaligen Armeegeneral Michel Aoun in diese Koalition einzubinden. Im Resultat wurden die meisten christlichen Kandidaten der vereinigten Oppositionsliste gerade in den christlichen Kerngebieten im Libanongebirge von der Aoun-Partei geschlagen, die im neuen Parlament einen beachtlichen Block von fünfzehn Sitzen stellen wird. Das pro-syrische Lager wurde im neuen Parlament weitgehend auf die schiitisch dominierten Parteien Amal und Hisbollah reduziert und stellt nur noch ein gutes Drittel der Abgeordneten.

Die Ursachen für die Spaltung der Opposition waren und sind Thema intensiver Diskussionen. Neben der nahe liegenden Vermutung persönlich motivierter Rivalitäten über die Führungsrolle im Oppositionslager sind es die typischen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen einer Exilopposition und ihren lokalen, zwangsläufig durch vergangene Kompromisse mit dem gestürzten System belasteten Counterparts. Außerdem können die weit reichenden Forderungen Aouns nach Entkonfessionalisierung des politischen Systems, Korruptionsbekämpfung und einer Abschaffung des „politischen Feudalismus“ kaum auf Gegenliebe bei Politikern wie Walid Jumblat oder Saad Hariri stoßen, die ihre Macht wesentlich auf konfessionelle Mobilisierung, Familientradition und Klientelismus gründen.

### **3.3 Restoration der politischen Konsenskultur**

Die komplexen, stets auf Kompromiss und Konsens ausgerichteten Spielregeln des politischen Systems stellen jedoch sicher, dass auch bei veränderten Mehrheiten kein radikaler Kurswechsel stattfinden wird, zumal die einzelnen Gruppen der libanesischen Opposition in vielen Fragen gegensätzliche Positionen und Interessen entwickeln. So stößt beispielsweise der ausgeprägte Säkularismus des „Free Patriotic Movement“ von Michel Aoun auf die Ablehnung der drusischen wie sunnitischen Bündnispartner und steht die auf Weltmarktintegration ausgerichtete Wirtschaftspolitik

des Hariri-Blocks den Interessen der um ihre Handelsprivilegien fürchtenden christlichen Bourgeoisie entgegen. Die vielfach geforderte Absetzung weiterer Symbole der syrischen Hegemonie (besonders Präsident Emile Lahoud und Parlamentssprecher Nabih Berri) wird unter diesen Umständen voraussichtlich komplexe Verhandlungen und Übereinkünfte hinter verschlossenen Türen erfordern.

In der besonders heiklen Frage einer möglichen Entwaffnung der Hisbollah hat Drusenführer Walid Jumblat seine Ablehnung bereits deutlich geäußert. Ebenso wenig wird Saad Hariri seine mehrheitlich sunnitische, einer arabisch-nationalistischen und pro-palästinensischen Grundhaltung verpflichtete Wählerschaft durch politische Schritte irritieren wollen, die als Nachgeben gegenüber israelischen Forderungen interpretiert werden könnten. Die massive schiitische Mobilisierung gegen den entsprechenden Passus der UNSC – Resolution 1559 hat überdies hinreichend belegt, dass eine Mehrheit der libanesischen Schiiten das kollektive Interesse der Gemeinschaft mit dem Fortbestand der bewaffneten Präsenz der Hisbollah identifiziert und eine Entwaffnung als Angriff auf deren Status insgesamt auffassen wird. Für diesen Fall ist entsprechend entschlossener, nach Aussage von Hisbollah - Generalsekretär Hassan Nasrallah auch bewaffneter Widerstand zu erwarten (Amal Saad-Ghorayeb, *Arab Reform Bulletin*, May 2005). Einer der diskutierten Auswege aus der politischen Defensive, in der sich die Partei (und mit ihr weite Teile der schiitischen Gemeinschaft) seit Verabschiedung der Resolution 1559 und dem syrischen Abzug sieht, könnte schließlich die von vielen Beobachtern erwartete nominelle Integration der bewaffneten Einheiten in die libanesische Armee sein.

Die beeindruckende Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten während der vergangenen Monate ist letztendlich kaum in den politischen Prozess eingegangen. Dieses ist zum einen auf das libanesisches Mehrheitswahlrecht zurückzuführen, das neuen Parteien und politischen Bewegungen den Sprung ins Parlament nahezu unmöglich macht. Vielfach wird daher vor allem von Reformkräften ein Abgehen vom Mehrheits- und die Einführung eines Verhältniswahlrechtes gefordert. Zum anderen hat die ausgeprägte Konfessionalisierung der Debatten um Wahlgesetz und Listenbildung erneut zur Solidarisierung entlang religiöser und konfessioneller Linien geführt und die Rolle des damit verbundenen Politikertypus bestätigt. Schließlich hat an vielen Orten die Bildung von Einheitslisten die Wähler von der Stimmabgabe abhalten, da die Entscheidung praktisch bereits vor Öffnung der Wahllokale gefallen war.

Rätselhaft bleiben weiterhin die Ziele und Hintergründe der andauernden Kette von Bombenattentaten gegen ausschließlich christliche Ziele, die sich nunmehr auf prominente Syrien-kritische Figuren der politischen Linken zu konzentrieren scheinen.

So wurde am 2. Juni der bekannte Publizist Samir Kassir und am 20. Juni der ehemalige Vorsitzende der libanesischen KP George Hawi durch nahezu identisch arrangierte Bombenanschläge ermordet. Vertreter der Opposition interpretieren die Anschläge als Indiz und Warnung, dass die Macht der Geheimdienste und Repressionsapparate weiterhin nicht gebrochen sei und fordern radikale Säuberungen in diesen Apparaten.

#### **IV    Syrien vom libanesischen Abseits ins regionale Nirgendwo**

Die Entwicklungen im Libanon bedeuteten einen deutlichen Rückschlag für das seit über vierzig Jahren in Damaskus herrschende Baath-Regime. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen zeigten im Gefolge der Ermordung Rafik El-Hariris alle Finger nach Damaskus. Nach weiteren Mordanschlägen gegen prominente Vertreter einer Syrien-kritischen Position im Juni wird Syrien nun von den USA auch namentlich als Urheber beschuldigt. Druck wird weiter gegen die angebliche syrische Duldung der Infiltration militanter Islamisten über die irakische Grenze ausgeübt.

Allen Bemühungen der staatlichen Propaganda zum Trotz wird auch in Syrien selbst der Rückzug aus dem Libanon nicht als souveräne Entscheidung, sondern als schämlicher Tiefpunkt einer seit Jahren verfehlten Politik betrachtet. Die Vorwürfe gegen das System der syrischen Kontrolle im Libanon – parasitäre und korrupte Geheimdienstherrschaft, gewaltsame Ausschaltung von Opponenten – spiegeln nur allzu deutlich die Erfahrungen der Bevölkerung in Syrien selbst wider. Die ohnehin schon deutlichen Parallelen wurden durch die Ernennung des vormaligen Oberkommandierenden der syrischen Geheimdienste im Libanon Ghazi Kenaan zum syrischen Innenminister vor zwei Jahren weiter bestätigt.

Syrische Oppositionelle erwarteten in Folge des Rückzuges eine deutliche Schwächung des Regimes und hofften dementsprechend auf eine größere Bereitschaft zu Reformen. Solche Erwartungen schienen zunächst gerechtfertigt, als Präsident Baschar Al-Assad im Vorfeld des im Juni in Damaskus abgehaltenen Generalkongresses der Baath-Partei einen „Grossen Sprung nach vorn“ ankündigte. Es kursierte das Gerücht von einem bevorstehenden umfangreichen Personalwechsel und von der Absicht des Präsidenten, die alte Garde der Reformgegner nun endgültig aus den Zentren der Macht zu verdrängen. Tatsächlich blieb der Kongress jedoch hinter solchen Erwartungen weit zurück und begnügte sich mit rein kosmetischen Korrekturen. Grundsätzliche Reformen des von Korruption und Ineffizienz geprägten politischen Systems stehen weiterhin nicht auf der Tagesordnung. „If anything, the Baath simply lived up to its, by now, well-established reputation as the party of missed opportunities and disappointments“, resümierte etwa der Analyst Ammar Abdelhamid (Daily Star, 22/06).

Die in Syrien aktive Opposition und die in Ansätzen vorhandene Zivilgesellschaft sind nach Jahrzehnten der Repression trotz verstärkter Medienpräsenz politisch isoliert und organisatorisch zu schwach, um eine ernsthafte politische Herausforderung zu formulieren. Die öffentlichen Proteste gegen die Verhaftung mehrerer prominenter



Oppositioneller im Vorfeld des Parteikongresses sowie die zunehmend lautstarke Kritik an Willkür und Misswirtschaft deuten jedoch darauf hin, dass die Kontrolle des Regimes über die Gesellschaft längst nicht mehr unangefochten ist.

### **Ausblick: Wandel bleibt möglich**

Im Rückblick auf das Jahr 2004/2005 scheint sich eine seit mehreren Jahren erkennbare Entwicklung fortzusetzen, die durch ein wachsendes politisches und staatsbürgerliches Bewusstsein in den Gesellschaften des arabischen Nahen Ostens gekennzeichnet ist. Ebenso schwindet innerhalb der intellektuellen Elite, insbesondere der jüngeren Generation, die Überzeugungskraft schematischer Politikmodelle und Ideologien und wächst die Bereitschaft und die Fähigkeit, aktiv an einem differenzierten Diskurs teilzunehmen.

Im Gegensatz dazu bleibt ein erheblicher Teil der herrschenden politischen Eliten zunehmend hinter der Entwicklung ihrer Gesellschaften zurück und verteidigt die eigenen Privilegien durch defensive, auf nationalistische Rhetorik und zuweilen auf die Akzentuierung ethnisch/religiöser Gegensätze setzende Strategien. Eine Fortsetzung des allmählichen Staatsverfalls bei weiterer Obstruktion der Zivilgesellschaft könnte in diesen Gesellschaften mittelfristig zu einem potentiell gefährlichen politischen Vakuum führen, in dem konkurrierende Machtzentren versuchen könnten, solche Gegensätze zum eigenen Vorteil zu mobilisieren.

Aus europäischer Sicht scheinen die Ereignisse des Jahres 2004/2005 die Schlussfolgerung nahe zu legen, dass Veränderung und Reform am ehesten als Ergebnis eines langfristig angelegten Dialoges und der geduldigen Förderung gesellschaftlicher Akteure eintritt, die sich dann solche Forderungen gemäss den lokalen Gegebenheiten und Möglichkeiten zu eigen machen und im Moment der Krise gesellschaftliche und politische Verantwortung übernehmen können. Druck auf und Dialog mit undemokratischen Regierungen und Regimen kann solche Bemühungen flankieren und den Spielraum dieser Akteure erweitern.